



Mitglied des Deutschen Bundestages
Frau Bärbel Bas
11011 Berlin

Ulrike Flach

Parlamentarische Staatssekretärin
Mitglied des Deutschen Bundestages

HAUSANSCHRIFT Friedrichstraße 108, 10117 Berlin
POSTANSCHRIFT 11055 Berlin

TEL +49 (0)30 18441-1070

FAX +49 (0)30 18441-1074

E-MAIL ulrike.flach@bmg.bund.de

Berlin, 6. September 2011

Schriftliche Frage im August 2011
Arbeitsnummer 8/385 und 8/386

Sehr geehrte Frau Kollegin,

Ihre o. a. Fragen beantworte ich wie folgt:

Frage Nr. 8/385:

Wie beurteilt die Bundesregierung die Entwicklung der Krankheitstage, wie sie im Fehlzeiten-Report 2011 des Wissenschaftlichen Instituts der AOK (WIdO) nachzulesen sind und welche Schlüsse zieht die Bundesregierung daraus, dass demnach der häufigste Grund für Krankmeldungen Muskel- und Skeletterkrankungen sind, die durch Prävention und Gesundheitsförderung, etwa am Arbeitsplatz, besonders gut zu vermeiden wären?

Antwort:

Die Bundesregierung beobachtet die Entwicklung der Fehlzeiten in Wirtschaft und Verwaltung regelmäßig. Das Bundesministerium für Gesundheit veröffentlicht den von den gesetzlichen Krankenkassen monatlich gemeldeten Krankenstand. Er gibt an, wie viele der Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung mit Krankengeldanspruch zum 1. eines Monats eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung vorgelegt haben. Der so definierte Krankenstand ist langfristig deutlich rückläufig und nur zuletzt geringfügig gestiegen. Rückschlüsse auf die Ursachen der jeweils der Krankmeldung zugrundeliegenden Erkrankungen lassen diese Zahlen nicht zu.

Der Entwicklung der Fehlzeiten, bei der Muskel- und Skeletterkrankungen und zunehmend die psychischen Erkrankungen große Bedeutung haben, wird gesundheitspolitisch mit der Stärkung der betrieblichen Gesundheitsförderung begegnet. Die Vorbeugung und Reduzierung arbeitsbedingter Belastungen des Bewegungsapparates ist bereits ein wesentliches Präventionsprinzip im aktuellen Leitfadens Prävention des GKV-Spitzenverbandes, der im Rahmen des § 20a Fünftes Buch Sozialgesetzbuch die prioritären Handlungsfelder festlegt. Ziel der Präventionsmaßnahmen ist es, Wissen über körperliche Belastungen zu vermitteln und individuelle Verhaltens- und Handlungskompetenzen aufzubauen.

Der Ausbau der betrieblichen Gesundheitsförderung wird im Rahmen der Präventionsstrategie der Bundesregierung ein Schwerpunkt sein. Ziel ist es, die Gesundheit der Beschäftigten zu stärken und die Menschen angesichts der Herausforderungen einer veränderten Arbeitswelt und des demographischen Wandels länger beschäftigungsfähig zu halten.

Frage Nr. 8/386:

Wann wird die Bundesregierung dem Bundestag Gesetzesentwürfe zur Reform der Pflegeversicherung, zur Stärkung der Patientenrechte und zur Stärkung der Prävention und Gesundheitsförderung vorlegen?

Antwort:

Zur Reform der Pflegeversicherung, wie sie im Koalitionsvertrag festgeschrieben ist, wird noch im Sommer dieses Jahres ein Eckpunktepapier vorgelegt. Im Anschluss daran wird auf dieser Grundlage ein Gesetzesentwurf erarbeitet, der dem Bundestag zur Beratung vorgelegt wird.

Die Regelungen für ein Patientenrechtegesetz werden derzeit im Bundesministerium für Justiz und im Bundesministerium für Gesundheit erarbeitet; ein Referentenentwurf wird aller Voraussicht nach im Herbst 2011 vorliegen. Nach Kabinettsbeschluss und Befassung des Bundesrates wird der Gesetzentwurf der Bundesregierung nach derzeitiger Planung dem Bundestag noch vor der Sommerpause 2012 übersandt werden.

Eine umfassende Präventionsstrategie wird zurzeit im Bundesministerium für Gesundheit erarbeitet, die danach im üblichen Verfahren innerhalb der Bundesregierung abgestimmt wird.

Mit freundlichen Grüßen

